

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1882

6.6.1882 (No. 132)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 6. Juni.

No. 132.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Expedition: Karls-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1882.

Deutschland.

Kassel, 4. Juni. Prinz Karl hat gestern Abend hier, wo übernachtet werden sollte, nach Aufhebung des Diners das Unglück gehabt, ein Bein zu brechen.

Berlin, 4. Juni. Der Kaiser empfing Vormittags den Professor Langenbeck, welcher Nachmittags nach Kassel reist, um dem Prinzen Karl den Verband anzulegen.

Kassel, 5. Juni. (Tel.) Prinz Karl hat die Nacht in ziemlich befriedigender Weise verbracht. Langenbeck ist gestern Abend hier angelangt. Gegenwärtig berathen die Aerzte, ob die Ueberführung des hohen Patienten vom Hotel nach dem Palais am Friedrichsplatze angängig sei.

Berlin, 4. Juni. Sicherem Vernehmen nach werden Kronprinz Rudolf von Oesterreich und Gemahlin zur Theilnahme an den Tauffeierlichkeiten hier eintreffen.

Der „Reichsanzeiger“ schreibt: „Am 10. d. M. werden bekanntlich die Konkurrenzentwürfe für den Reichstags-Bau eingeleistet sein. Es beginnt dann unverzüglich die Aufstellung der Entwürfe in den für ihre Aufnahme bestimmten Räumen des provisorischen Kunstausstellungs-Gebäudes, eine Arbeit, welche unter der leitenden Mitwirkung zweier Mitglieder der Jury, des Geheimen Bauraths Adler und des Oberhof-Bauraths Perius, ausgeführt und jedenfalls mehrere Tage in Anspruch nehmen wird. Nach den Bestimmungen des Konkurrenzprogramms hat demnächst die Jury in Thätigkeit zu treten. Im Interesse ihrer Arbeiten muß bis nach Abgabe des Preisurtheils eine Besichtigung der Entwürfe durch das Publikum ausgeschlossen bleiben. Sodann wird die öffentliche Ausstellung der Entwürfe vor Anfang Juli voraussichtlich nicht eröffnet werden können. Auch die konkurrierenden nicht in Berlin wohnhaften Architekten, welche die Entwürfe zu besichtigen wünschen, werden wohl thun, ihre Reiseabsichten mit Rücksicht darauf zu treffen, daß auch ihnen der Zutritt zu den Ausstellungsräumen erst nach dem Beginn der öffentlichen Ausstellung gestattet werden kann. Die Ausstellung wird jedenfalls bis zum 20. Juli währen. Mit dem Schluß des Monats Juli müssen die sämtlichen Ausstellungsräume für die Zwecke der im Herbst stattfindenden großen Kunstausstellung zur Verfügung stehen.“

Fürst Bismarck wird heute oder morgen hier zurück erwartet.

In der Reichstags-Kommission beantragte heute Lasker, nach Schluß der ersten Lesung des Krankenkassen-Gesetzes das Unfallgesetz in erster Lesung zu berathen, weil man wissen müsse, ob Entschädigungen bei Unfällen durch Krankenkassen zu zahlen sind. Staatssekretär Böttcher erklärte sich dagegen und wünschte, daß erst das Krankenkassen-Gesetz definitiv erledigt und dann die Beratung des Unfallgesetzes begonnen werde. Böttcher bemerkte, daß Windthorst ausdrücklich die Vorlegung des Unfallgesetzes gewünscht habe und die Regierung sonst nur das Krankenkassen-Gesetz allein vorgelegt haben würde. Die Kommission beschloß, hierüber nach der ersten Lesung des Krankenkassen-Gesetzes zu beschließen. Die §§ 1—3 des Krankenkassen-Gesetzes wurden mit einigen Aenderungen angenommen, ein Antrag auf Aufnahme der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter wurde gegen 7 Stimmen abgelehnt.

Der lateinische Bauer.

Dorfgeschichte aus dem bayerischen Waldgebirge.
Von Maximilian Schmidt.

(Fortsetzung.)

Wir lassen die Erstlingsstulaturen weg und führen nur die denselben angehängte Frage an: „Hast du nicht befohlen, das Mädchen noch vor dem Gebeläuten nach Hause zu bringen? Barmherziger Himmel, wenn das die hochwürdigste Frau wüßte! Aber wo ist Fräulein Therese?“

Diese Frage machte das bische Blut in den schlaffen Adern des Mannes stille stehen; er wurde blaß bis in den Mund hinein und stammelte bebend die Frage: „Ist das Mädchen noch nicht da?“

„Also du bringst sie am Ende gar nicht wieder zurück?“ rief entsetzt die Frau.

Es folgten dieser Frage mehrere unartikulirte Töne, deren nähere Bedeutung zu erklären uns unsere Discretion nicht erlaubt. Unmittelbar darauf traf man übrigens das Ehepaar, trotz des hellen Vollmondscheines mit einer großen Laterne versehen, auf dem Wege nach dem Narrenhofe. Das sonderbare Benehmen des jungen Bauernburschen hatte die Frau schon den ganzen Tag über nicht umsonst geängstigt.

Aloys hatte keine Ahnung, daß Therese mit dem Schulmeister nach Neukirchen gegangen; er glaubte sie unwohl und die Lehrerin hatte ihre Ursache, ihn in diesem Wahne zu lassen; denn Therese war kaum fort, so kam der junge Mann im aufgeregtesten Zustande zu der Frau und beehrte, mit dem Mädchen unter allen Verhältnissen sprechen zu dürfen.

Die strenge Frau lumbinierte aus den verschiedenen Vorfällen von gestern und heute, daß zwischen beiden jungen Leuten irgend etwas vorgefallen sein müsse. Therese hatte vergangene Nacht zu wiederholten Malen den Namen „Aloys!“ ausgerufen, und

Nach der „Bösischen Ztg.“ würde Geheimrath Böttcher vom Reichsamt des Innern Nachfolger Engel's als Direktor des preussischen Statistischen Bureaus werden.

Minister a. D. Delbrück ist nicht unbedenklich erkrankt.

Das in den Verkehr bringen von gesundheitsgefährlichen Nahrungs- und Genussmitteln ist nach einem Urtheil des Reichsgerichts, II. Strafsenats, vom 7. März d. J., nur dann aus § 12 des Nahrungsmittel-Gesetzes (mit Gefängniß und Ehrverlust) zu bestrafen, wenn diese Gegenstände als Nahrungs- und Genussmittel für Menschen, nicht aber wenn sie zu sonstigen wirtschaftlichen Zwecken — z. B. als Viehfutter — feilgeboten werden. — Die Bestimmung des § 131 Str. G. B., nach welcher die öffentliche Behauptung oder Verbreitung erdichteter oder entstellter Thatsachen, um dadurch Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen, mit Geld oder Gefängniß bestraft wird, erfordert nach einem Urtheil des Reichsgerichts, III. Strafsenats vom 8. März d. J., nicht, daß die erdichteten oder entstellten Thatsachen objektiv geeignet sind, Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen, sondern nur, daß der Thäter in der bewußten Absicht handle, diesen Erfolg seiner Verleumdungen herbeizuführen.

Berlin, 4. Juni. Auf die Frage der Behandlung der Versicherungsvorlagen zurückkommend, bemerkt die „Nationalliberale Korrespondenz“:

„Daß die Gesetzentwürfe viel zu schwierig und verwickelt sind, um im Laufe weniger Wochen durch Kommission und Plenum gebracht zu werden, wird allseitig zugegeben, und nicht minder allseitig dürfte der Wunsch sein, endlich einmal in dieser socialpolitischen Frage, die schon so lange die allgemeine Aufmerksamkeit beschäftigt, einen Schritt vorwärts zu kommen. Der Wunsch, diesen Gegenstand nicht immer wieder als ungelöstes Problem einer ferneren, wahrscheinlich mit Arbeiten eben so überlasteten Session zuzuschleppen, ist um so naheliegender, als offenbar die Grundlagen zu einer Verständigung vorhanden und die sachlichen Schwierigkeiten zu überwinden wären. Der Vorschlag, die außerordentliche Aufgabe, die der Gesetzgebung mit diesen Vorlagen gestellt wird, auf einem außerordentlichen Wege zu bewältigen, sei es durch Einsetzung einer Zwischenkommission, sei es durch Vertagung der gegenwärtigen Session bis in den Herbst unter frühzeitigem Wiedereintritt der Versicherungskommission, wird daher jedenfalls noch sehr ernstlich in Erwägung gezogen werden müssen. Es handelt sich darum, die an diesen Gegenstand bereits verwendete und noch zu verwendende Arbeit für die Herbstsession möglichst nutzbar zu machen und zu verhindern, daß die letztere wieder ganz von vorn anfangen muß. Wie man dieser Schwierigkeit Herr zu werden beschließen wird, muß vorläufig dahingestellt bleiben. Wir hoffen aber, es wird gelingen, die Session nicht auch auf dem socialpolitischen Gebiete zu einem ganz ereignislosen Abschluß kommen zu lassen.“

Die „Kölnische Zeitung“ hält es für unzweifelhaft, daß die gemäßigt Liberalen auch diesmal aus prinzipiellen Gründen jeden bleibenden Zuschuß zur Unfallversicherung ablehnen und einen vorübergehenden nicht eher bewilligen werden, als die Gründe für die Nothwendigkeit der Bewilligung mehr als bisher dargelegt worden sind, und nicht anders, als unter Bedingungen und Formen, welche seine vorübergehende Natur genügend gewährleisten.

Weiter wird ausgeführt, daß die Unfallkassen als solche allmählig mit dem vollen beherrschenden Entschädigungsbetrag belastet werden würden, so daß wenigstens für eine Reihe von Jahren von einer etwaigen Ueberbürdung der Industrie und von einer Nothwendigkeit, ihr mit Staatsgeldern beizuhelfen, nicht die Rede sein könne. Ja, es würde nach der Meinung zahlreicher Freunde der Unfallversicherung sehr wohl möglich sein, „anfänglich einen höheren Beitrag, als den augenblicklich zu Entschädigungen zu verwendenden, zu erheben — behufs Bildung eines

Reservefonds, der einem späteren zu starken Steigen der „Umlagen“ vorbeugen würde. Könnten die Regierungen für die zulässige Anfangsbelastung der Industriezweige („Betriebsgenossenschaften“ und „Gefahrenklassen“) gesetzliche Maximalsätze vorschlagen, so würden vielleicht viele jetzige Gegner des Reichszuschusses sich entschließen, einer Reichsgarantie für die spätere Nichtüberschreitung dieser Maximalsätze und für etwa nothwendige Ergänzung aus Reichsmitteln zuzustimmen.“

„Wir begen innigst den Wunsch“, fährt sie fort, „daß eine Verständigung über die wesentlichen Grundzüge zu den beiden Arbeiterversicherungs-Vorlagen und namentlich auch über den heiklen Punkt der Reichszuschüsse zwischen den gemäßigten Liberalen und gemäßigten Konservativen einerseits und den verbündeten Regierungen andererseits noch in diesen letzten Wochen der außerordentlichen Frühjahrsession des Reichstages zu Stande komme, so daß spätestens im Winter die beiden Gesetze fertig gestellt und verkündet werden können. Abgesehen von der warmen Theilnahme für die sociale Zwecke der Vorlagen bewegt uns auch das politische Bedürfnis, daß das Stadium der Unfruchtbarkeit, in welches unser parlamentarische Leben seit einigen Jahren zur äußersten Verstimmung und Entmuthigung eines großen Theils der Nation eingetreten ist, endlich überwunden werden. Es ist aber zu dem Ende nothwendig, daß ebensowohl die Regierungen, wie die parlamentarischen Parteien mehr gemeinsamen Schaffensdrang als Rechthaberei zu den Verhandlungen mitbringen.“

In Betreff der von der „Prov. Korresp.“ ausgesprochenen Erwartung, daß die bevorstehende Reichstags-Session Klarheit schaffen werde über die Stellung des Centrums und der liberalen Fraktionen zur Steuerreform und zur Socialreform, bemerkt die secessionistische „Tribüne“:

„Was zunächst die Socialreform betrifft, so glauben wir, daß die bevorstehende kurze Session nicht ausreichen wird, die Stellung der Parteien in der That zu klären. Höchst wahrscheinlich wird das Verdict der Majorität dahin ausfallen, daß die Vorlagen der Regierung noch nicht hinreichend ausgereift seien, um zur Grundlage einer gesetzgeberischen Entscheidung zu dienen. Dieses Verdict wird um so mehr Berechtigung haben, als vor einem Jahre die Regierung gleichfalls einen Entwurf vorgelegt hat, über welchen sie später selbst ein strenges Urtheil gefällt hat, und als die Vorarbeiten für den jetzigen Entwurf durchaus nicht gründlicher sind, als sie für den vorjährigen waren. Die Stellung der Parteien zu der sogenannten Socialreform kann sich erst in dem Augenblick klären, wo es der Regierung gefallen wird, einen wirklich reifen und auf ausreichendem Material beruhenden Entwurf vorzulegen. Was dagegen die Steuerpolitik anbetrifft, so erwarten wir allerdings, daß der Reichstag dem Beschlusse seiner Kommission beitreten und die Erklärung abgeben wird, daß nach den drückenden Steuererhöhungen, welche seit drei Jahren beschlossen sind, nun einmal erst der Erfolg dieser Belastungen einschließt. Daß das Volk diese Stellungnahme mißbilligen werde, befürchten wir keinen Augenblick.“

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ erörtert die Aussichten des Liberalismus, die ihr mit der Stellung welche derselbe den socialpolitischen Fragen gegenüber einnimmt, in Zusammenhang zu stehen scheinen.

Sie erwähnt den Liberalismus zum Sammeln seiner Kräfte und festem Zusammenhalten, ist aber andererseits der Ansicht, daß der Liberalismus, wenn er daran denke, über kurz oder lang wieder bestimmenden Einfluß auf die Richtung der gesammten inneren Politik zu gewinnen, nicht lediglich in Opposition und Polemik aufgehen dürfe.

„Vielmehr wird er bestrebt sein müssen, feste Grundlagen für ein positives Schaffen im Sinne der alsdann an ihn heran tretenden Forderungen zu gewinnen. Denn das ist nicht zu läugnen, daß die gegenwärtige Periode unserer inneren Politik, wie un-

an den Narrenhof und seine Narren! Das ist ihre Antwort, und ich hoffe, sie wird euch genügen!“

„Das lägen Sie!“ rief der Mann und der Horn trieb ihm das Blut zu Kopfe. „Hat Therese nicht gelesen, daß ich sie zu meiner Frau machen will, daß ich frei bin und mich nichts mehr daran hindert?“

„Zur Frau machen?“ rief die Frau entsetzt, und zugleich die aufbrausende Wuth des Bauernburschen fürchtend, endete sie das unangenehme Gespräch mit dem höhnischen Ausrufe: „Therese läßt euch sagen, sie hasse euch und eure Narren, und somit Basta!“

„Wie?“ rief Aloys äberrascht; „sie haßt mich? — Doch nicht der Narren wegen?“

„Ja, sie haßt euch!“ rief die Frau noch hinter der zugeschlagenen Thüre, welche sie inwendig verriegelte.

Sie hatte sich durch diese Aufregung neue Krampfanfälle zugezogen, welche sich aber jetzt alle verloren bei dem Schreden über Therese's unerwartetes Ausbleiben.

Das Mädchen ist von dem Bauernburschen entführt! Das war ihr erster Gedanke, und im Narrenhofe hoffte sie aus der schrecklichen Ungewißheit über das Schicksal ihrer Pflanzbefohlenen herausgerissen zu werden. — — —

Der Narrenhofsbauer hatte sich in Neukirchen den Ablass geholt und ging gegen Abend unter eigenthümlichen Gedanken in sein Dorf zurück. Er mußte immer an Therese denken, die er in der Klosterkirche an der Säule kniend und weinend gesehen. Ihr blaßes Gesicht schwebte ihm vor Augen. Er hatte Mitleid mit dem Mädchen, von dem ihm Aloys sagte, daß sie in's Kloster gehen solle und keine Freude dazu habe. Das junge Blut dauerte ihn und wollte ihm nicht mehr aus dem Sinne, seit er sie so kummervoll in der Kirche erblickt. Er ahnte nicht, daß Therese um seinen Sohn, um Aloys, daselbst geweint und daß dieser die Quelle all' ihrer Leiden sei. (Fortsetzung folgt.)

da der junge Mann so hieß, welcher jetzt in solcher Aufregung vor ihr stand und nach Therese begehrt, war ihr die Vermuthung zur Gewißheit geworden. — Die Furcht vor den bösen Folgen, welche ihre von Seiten der hochwürdigsten Frau bevorstünden, wenn ihre Schutzbefohlene wenige Tage vor ihrem Eintritt in das Kloster das Verbrechen begehen konnte, sich in einen jungen Mann zu verlieben — dieser Schreden machte sie erfinden und sie sagte zu Aloys, daß das Mädchen zu Bette liege und schlafe; sobald sie erwache, wolle sie es ihm sagen lassen; er möge sich nur in der Nähe aufhalten.

Damit verhinderte sie, daß der junge Mann nach Neukirchen ging, um dort Therese zu sprechen. — Aloys wollte den Schlaf der Geliebten nicht stören und drang nicht weiter in die Frau, das Mädchen sprechen zu wollen. — Mittags kam er wieder; aber Therese schlief immer noch. Er hat die Frau, ihn einzulassen, er gab ihr einen schweren Geldbeutel, welcher aber nicht angenommen wurde, — er versprach ihr alles mögliche; aber die Strenge war nicht zu erweichen. Sie hieß ihn gehen und warten.

Später kam Aloys mit einem Briefe. Er hat die Frau, denselben Therese so gleich zu übergeben und er komme gegen Abend wieder, um Antwort zu holen. Die Lehrerin versprach es zu thun; als aber Aloys gegen Abend wieder kam und die erhoffte Antwort verlangte, rief der Frau die Geduld und sie ließ ihn in der härtesten Weise an.

„Paßt euch fort, ihr zudringlicher Mensch!“ rief sie ergrimmt. — „Ich will euch nicht mehr unter die Augen bekommen!“

„Nach Ihnen verlange ich auch nicht“, entgegnete Aloys, „ich wünsche eine Antwort auf meinen Brief oder Therese zu sprechen.“ Die Antwort kann ich euch nicht geben. Fräulein Therese, die es nicht der Mühe werth findet, euch zu schreiben, läßt euch durch mich sagen, daß ihr euch zum Kukul scheren sollt; sie will nichts von euch wissen, denn sie hat ohnedem schon genug Erinnerungen

Fruchtbar sie sich auch erweisen möge, mit ihren wirtschaftlich-socialen Anregungen ein Gebiet betreten hat, welches niemand, wenn er eine Erbschaft übernehmen will, verlassen darf. Daß der Liberalismus mit einzelnen Verläufen, wie beispielsweise mit dem bekannten Unfallversicherungsentwurfe jene angedeuteten programmatischen Grundlagen bereits völlig gesichert hätte, wird niemand, so schätzenswerth diese Verläufe auch sein mögen, behaupten wollen. Wir zweifeln nicht, daß er sie gewinnen wird, daß er sich durchaus befähigt erweisen wird, die von geantiker Seite auf die Tagesordnung gestellte sociale Frage i. B. einer gedeihlichen Lösung entgegenzuführen, sofern der gemähte Liberalismus den ihm gebührenden Einfluß erhält."

Die „Schlesische Zeitung“ liest in einem Artikel „Vom Parteitreiben“ mehr oder weniger allen Parteien den Tadel über ihr bisheriges Verhalten während der jüngsten Verhandlungen über die geplanten finanziellen und socialpolitischen Reformen und mahnt dann schließlich mit folgenden Worten zur Einigung:

„Nur aus einem rationellen Zusammenwirken des konservativen und des liberalen Prinzips können Gesetze hervorgehen, welche dem Geiste unseres Volkes und unserer Zeit entsprechen. Nur aus dem Zusammenwirken beider vermöchten die Grundgesetze von Staat und Reich, an denen niemand zu rütteln wagt und deren Geist alle weiteren Akte der Gesetzgebung entsprechen müssen, hervorzugehen. In seiner einseitigen Entwicklung führt das konservative Prinzip zur Erstarrung, das liberale zum destruktiven Radikalismus; beide sind nicht einander ausschließende Gegensätze, vielmehr berufen, einander zu bezeichnen. Das Geschlecht der Hohenzollern hat sich dieser Erkenntniß am wenigsten entzogen.“

Stuttgart, 4. Juni. Unser Abgeordnetenhause hat in der abgelaufenen Woche den 1. Staatsanwalt Dr. Lenz zu seinem Vicepräsidenten gewählt. Lenz ist Mitglied der deutschen Partei und es war zwischen der genannten und der Regierungspartei verabredet gewesen, daß die Stelle des Vicepräsidenten der deutschen Partei gehören soll, nachdem der Präsident aus der Regierungspartei genommen worden war. — In 3 von den 4 Sitzungen der letzten Woche wurde der früher schon erwähnte Entwurf des Gesetzes betreffend Aenderungen des Landtagswahl-Gesetzes von 1868 erledigt. Der Entwurf strebt, wie Ihre Leser sich erinnern, in mehreren Punkten Uebereinstimmung zwischen dem Landtags- und dem Reichstagswahl-Gesetz an, hält aber unter anderm die Bestimmung aufrecht, daß der Wähler „seinen Stimmzettel in ein gestempelttes Couvert zu verschließen und letzteres dem Wahlvorsteher zu übergeben“ habe. Diese Einrichtung sollte beibehalten werden, weil sie sich nach dem Entwurf beigegebenen Motiven als eine das Geheimniß der Abstimmung sichernde bewährt habe und weil ihre Einführung auch schon anderwärts, namentlich im Reichstag selbst, ernstlich angeregt worden sei. Die Kammer beschloß aber mit 47 gegen 35 Stimmen, die Couverts fortfallen zu lassen, dagegen (nach § 10 des Reichsgesetzes) die Benützung von ausschließlich weißen Stimmzetteln vorzuschreiben, welche mit keinem äußeren Kennzeichen versehen sind. Es wurde nämlich von verschiedenen Rednern, die in Wahlfachen reiche Erfahrung haben, geltend gemacht, daß die Couvertabstimmung für die Geheimhaltung der Wahl geradezu gefährlich sei, da es keinen Raum gebe, wo der Wähler den Stimmzettel unbedenkt von seiner Umgebung in das Couvert, das er erst in Abstimmungslokal erhält, schieben könne. Zudem werde durch die Couvertabstimmung das Wahlgeschäft unnötiger Weise erschwert und verzögert, und das sei um so mehr zu vermeiden, da die Wahlhandlung künftig an einem Tage abgeschlossen werden müsse. Minister v. Hölder hatte sich warm für die Beibehaltung der Couverts ausgesprochen. Die Demokraten, die keine Gelegenheit vorüber gehen lassen, um sich dem „Volk“ gegenüber als die alleinigen Hüter des Wahlgeheimnisses aufzuspielen, werfen ihm aber trotzdem vor, er habe die Abschaffung des Couverts und damit die Preisgabe des Wahlgeheimnisses auf dem Gewissen, weil er am Schluß seiner Rede dem Hause anheimstellte, den Weg zu wählen, den es für den praktischen halte. — Erwähnenswerth ist außerdem ein Antrag des ultramontanen Abg. Probst, der die Vorsteher, Beisitzer und Protokollführer bei der Wahlhandlung für ein unentgeltliches Ehrenamt erklärt wissen wollte, das nur von Personen ausgeübt werden kann, welche kein unmittelbares Staatsamt bekleiden. Probst motivirte den Antrag damit, daß das Reichswahl-Gesetz eine ähnliche Bestimmung enthalte und daß wir, wo es sich um Verhütung der Wahlbeeinflussung handle, nicht weniger liberal sein sollten als das Reichsgesetz. Vom Kommissionsreferenten wurde dem gegenüber geltend gemacht, daß der Entwurf zum betreffenden Reichsgesetz jene Bestimmung nicht enthalte habe; dieselbe sei erst in Folge eines Antrags von Laster in das Gesetz gekommen und habe seinen Grund in dem Mißtrauen gegen die preussischen Landräthe gehabt. Die Bestimmung habe sich aber nicht bewährt, denn es sei bei Reichstags-Wahlen schon wiederholt vorgekommen, daß man ein geeignetes Wahlvorsteher-Personal nur mit großer Mühe zusammengebracht habe. Dieser letztere Gesichtspunkt wurde auch von Minister v. Hölder hervorgehoben und zugleich betont, daß es sich um eine reine Zweckmäßigkeitfrage ohne jedes politische Motiv handle. Das ganze Wahlgeschäft gehe ja seinen formellen, fast mechanischen Gang, irgend welche Beeinflussung seitens der Wahlvorsteher sei dabei kaum denkbar. Wenn man so mißtrauisch sein wollte, dürfte man schließlich keinen prononzierten Parteimann als Wahlvorsteher funktionieren lassen. Der Antrag wurde schließlich mit 58 gegen 23 Stimmen abgelehnt, das ganze Gesetz mit 78 gegen die eine Stimme des Demokraten Retter angenommen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 3. Juni. Die „Wiener Zeitung“ publizirt die Ernennung Wimpffen's zum Botschafter in Paris, Ludolfs zum Botschafter am italienischen Hofe und Dubsky's zum Gesandten in Madrid.

Wien, 4. Juni. Das „Fremdenblatt“ bestätigt, daß der Minister des Auswärtigen, Graf Kalnoky, bei der Ueberreichung des formellen Vorschlags einer Botschafterkonferenz durch die Botschafter Englands und Frankreichs erklärt habe, diesen Vorschlag im Principe anzunehmen, in der Voraussetzung, daß auch die anderen Mächte zustimmen würden.

Italien.

Rom, 3. Juni. Die Nachricht vom Tode Garibaldi's macht allenthalben in Italien einen schmerzlichen Eindruck. Die Käufläden sind geschlossen. In der Kammer wird heute eine große Gedächtnisfeier erwartet.

Rom, 3. Juni. In der Kammer notifizirt der Präsident den Tod Garibaldi's und hält einen warmen Nachruf. Die vom Präsidenten eingebrachten Anträge auf Suspendirung der Sitzungen bis zum 12. d., Anlegung einer zweimonatlichen Trauer, Entsendung einer Deputation nach Caprera zur Theilnahme an dem Begräbnisse, Theilnahme in corpore an den Feierslichkeiten in Rom und Anbringung einer Gedenktafel im Sitzungssaale der Kammer wurden einstimmig angenommen. Auf Antrag Depretis' wurden im Laufe der Sitzung folgende Gesetzentwürfe angenommen: Verschiebung der Nationalfeier auf den 18. d., Befreiung der Begräbniskosten durch den Staat, Errichtung eines nationalen Denkmals unter Mitwirkung des Staates, Bewilligung einer Pension von je 10,000 Francs für die Wittve und jedes der fünf Kinder Garibaldi's. Aus allen Städten Italiens treffen Nachrichten über Kundgebungen einer allgemeinen Trauer ein. So waren beispielsweise in Palermo, Genua, Neapel, Mailand, Venedig, Verona, Bologna u. a. die Verkaufsläden geschlossen, Trauerfahnen aufgehißt, Theatervorstellungen eingestellt, die Börsen in Rom, Genua und Neapel geschlossen und allenthalben werden Subskriptionen zur Errichtung eines Monuments eröffnet. In Maddalena verließ ein Biquet Marineoffiziers mit einem Offizier bei der Leiche Garibaldi's den Ehrendienst. Man erwartet die Zusammenkunft der Kinder Garibaldi's zur Verbrennung des Leichnams nach den Bestimmungen des Testaments, welches außerdem anordnet, daß die Asche in einer Porphyraure auf Cabrera verbleibe.

Frankreich.

Paris, 3. Juni. Die Kammer beschloß, zum Zeichen der Trauer über den Tod Garibaldi's die Sitzung aufzuheben. Von der Rechten wurde dagegen protestirt. Die Sitzung wurde aufgehoben.

Die „Times“ meldet aus Kairo vom 3. Juni: Eine zahlreiche Deputation von Beduinenhäuptlingen ging heute in das Palais des Khedive und versicherte den Khedive ihrer Ergebenheit gegen seine Person. Sie erklärten, sie würden es mißbilligen, wenn Fremde kämen, das Land zu besetzen; sie hegten aber die freundschaftlichsten Gefühle gegen diejenigen, welche kommen würden, um lediglich die Ordnung wieder herzustellen.

Belgien.

Lüttich, 4. Juni. In einer heute stattgehabten Wähler-versammlung hielt der Minister des Auswärtigen Frere-Orban, eine längere, sehr beifällig aufgenommene Rede, in welcher er zunächst des gefälligen Auftretens der Geistlichkeit gegenüber dem Gesetze über den Elementarunterricht gedachte. Sodann ging der Minister zu der Frage der Wahlreform über und führte aus, eine solche Reform sei allerdings nothwendig; man müsse aber mit einer Reform der Kommunal- und Provinzialwahlen beginnen. Was die Revision des Artikels 47 der Verfassung angehe, so handle es sich um eine Frage, deren Lösung gegenwärtig ganz unmöglich sei.

Rußland.

St. Petersburg, 3. Juni. Großfürst Alexis besuchte gestern die Moskauer Ausstellung. Nowikow hatte gestern Audienz beim Kaiser.

St. Petersburg, 4. Juni. Der Kaiser besuchte gestern, am Sterbetage seiner Mutter, der Kaiserin Maria Alexandrowna, Vormittags die Peter Pauls-Kathedrale und wohnte daselbst der Seelenmesse bei. Später stattete der Kaiser den Großfürsten im Winterpalais Besuche ab und kehrte sodann nach Peterhof zurück.

Der „Regierungsanzeiger“ meldet: Die Botschafter Frankreichs und Englands begaben sich gestern zu dem Minister des Auswärtigen, v. Giers, und überreichten demselben eine identische Note, in welcher der Zusammentritt einer Konferenz in Konstantinopel vorgeschlagen wird, um die ägyptische Angelegenheit in Gemäßheit des im vergangenen Februar von den Großmächten angenommenen Prinzips zu ordnen. Die kaiserliche Regierung hat diesem Vorschlage zugestimmt. — Das „Journal de St. Petersburg“ erklärt die Mittheilung des „Romanul“, daß der Vorschlag Barrere's in der Donau-Kommission von allen Mächten angenommen worden sei, in dieser kategorischen Form für unrichtig.

Orient.

Konstantinopel, 3. Juni. Die „Agence Havas“ meldet: Der Minister des Aeußern theilte den Botschaftern Frankreichs und Englands die Abreise des türkischen Kommissärs nach Egypten behufs Ausübung einer versöhnlichen Mission bei den militärischen Chefs mit. Der Kommissär sei Träger eines eigenhändigen Schreibens des Sultans.

Konstantinopel, 3. Juni. Derwisch Pascha, Lebib Effendi und ein Ulema sind heute Abend auf der Yacht „Azzebin“ nach Alexandrien abgereist. Der englische und der französische Botschafter haben die Pforte heute in einer identischen Verbalnote zur Theilnahme an der Botschafterkonferenz eingeladen.

Der „Agence Havas“ wird aus Konstantinopel gemeldet, die Pforte habe die Einladung zur Konferenz

zwar nicht abgelehnt, indeß den Wunsch ausgesprochen, die Mächte möchten das Resultat der Mission Derwisch Pascha's abwarten.

Konstantinopel, 4. Juni. (Meldung des „Reuter'schen Bureaus“.) Die Botschafter der Mächte wurden heute auf die Pforte berufen, wo ihnen die erfolgte Abreise der türkischen Kommissäre nach Egypten mitgetheilt wurde. Dieselben hätten den Auftrag, eine Ausöhnung zwischen Arabi Bey und dem Khedive Tewfik herbeizuführen und die Ruhe im Lande wieder herzustellen. Der Botschafter Lord Dufferin theilte dem Minister des Auswärtigen, Granville, telegraphisch mit, die Dispositionen des Sultans ließen eine Vertagung der Konferenz nützlich erscheinen.

Konstantinopel, 4. Juni. Meldung der „Agence Havas“: Die Pforte verständigte gestern Abend ihre Vertreter in London, Paris, Wien, Petersburg und Rom, daß sie angeht die Entsendung einer türkischen Mission nach Egypten den Zusammentritt einer Konferenz nicht für opportun halte.

Badische Chronik.

Karlsruhe, 5. Juni. Die Generaldirektion der Groß-Staats-Eisenbahnen wird, wie wir vernahmen, am nächsten Sonntag den 11. d. zur Erleichterung des Verkehrs des in Schwabingen stattfindenden Sängersfestes die nachverzeichneten Extrazüge nach und von Schwabingen abfertigen lassen, und zwar: Morgens: aus Karlsruhe 7³⁰, aus Heidelberg 8³⁰, aus Mannheim 8⁴⁰, mit Anlauf in Schwabingen kurz nach 9 Uhr, und Abends: aus Schwabingen um 8³⁰ nach Heidelberg, 9³⁰ nach Karlsruhe und 9⁵⁰ nach Mannheim, mit Halt an sämtlichen Unterwegstationen. Diese Extrazüge werden Anschlüsse von und nach den Stationen der Strecken Mosbach-Heidelberg, Jagstfeld-Medesheim-Heidelberg, Neckarzoll-Medesheim, Bruchsal-Heidelberg und Pforzheim-Karlsruhe (unter Benützung der fahrplanmäßigen Morgen- bezw. Abendzüge dieser Linien) bieten.

Karlsruhe, 5. Juni. Der „Staatsanzeiger“ Nr. 18 vom 5. Juni enthält:

I. Unmittelbare Allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlich Hoheit des Großherzogs: Ordensverleihungen, Medaillenverleihung, Erlaßniß zur Annahme eines fremden Ordens. Dienstaufträge. Ferner: Pfarrebelegungen: auf die katholische Pfarrei Warmbach der Pfarre A. Scherzinger in Wangen und der Pfarre R. W. Hennia von Schollbrunn auf die evangel. Pfarrei Reilingen. — II. Verfügungen und Bekanntmachungen der Staatsbehörden. 1) Des Groß. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts vom 16. Mai. Die Anstellung von Notaren, deren Districte und Wohnsitze betr. Hiernach gehen vom 1. Juni an die Gemeinden Bingen, Kleinlaufenburg, Mura, Niederhof, Oberhof und Rhina an den Distrikt Säckingen II über und die Verwaltung des Distrikts Säckingen I in seinem künftigen Umfang wird dem Gerichtsnotar des Groß. Amtsgerichts Säckingen, Schupp, aufgetragen. 2) Des Groß. Ministeriums d. Innern vom 13. Mai. Die Festsetzung der Wahlbezirke für die Wahl der Kreisabgeordneten betr., hier des Kreises Mosbach. 3) Desselben Ministeriums vom 24. Mai. Die Ernennung der Bezirksraths-Mitglieder für den Amtsbezirk Mosbach betr.: An Stelle des Bürgermeisters Heinrich von Breitenbrunn wurde Müller D. März in Amlasterhausen zum Mitglied des Bezirksraths für den Amtsbezirk Mosbach ernannt. III. Dienst-erledigung: Die Stelle eines Bezirksarztes in Breisach.

Karlsruhe, 5. Juni. Nach den uns zugegangenen Mittheilungen über den diesjährigen Pfingstverkehr sind am Pfingstsonntag, Pfingstmontag und Pfingstdienstag (27. bis 29. Mai) die nachverzeichneten Personenbillete bei den badischen Stationen ausgegeben und dafür die beigelegten Beträge eingenommen worden:

Stationen	Billete Stück	Einnahme Mark
Mannheim	13,839	23,275
Heidelberg	8,498	16,410
Karlsruhe	9,455	21,722
Freiburg	5,223	10,859
Basel	3,682	8,010
Pforzheim	5,120	9,283
Baden	2,179	5,043
Konstanz	2,026	5,143
übrige Stationen	83,572	99,496
zusammen	133,094	199,241

Zur Vergleichung der Ergebnisse der beiden Vorjahre lassen wir nachstehende Aufzeichnungen folgen:

Stationen	1881		1880	
	Billete Stück	Einnahme Mark	Billete Stück	Einnahme Mark
Mannheim	8,115	14,231	13,855	23,054
Heidelberg	8,734	15,333	9,312	16,414
Karlsruhe	13,261	23,880	13,091	24,679
Freiburg	5,237	11,177	4,869	9,698
Basel	4,072	8,372	3,765	7,999
Pforzheim	4,908	8,828	2,941	5,846
Baden	2,761	7,230	2,243	5,500
Konstanz	2,215	6,114	1,912	4,348
übrige Stationen	88,990	106,589	87,064	97,060
Zusammen	138,293	201,751	138,552	194,598

Zur Benützung der badischen Bodensee-Dampfschiffe wurden an den gleichen Tagen 3740 Billete zum Tarwerthe von 3794 Mark gelöst, gegenüber 5366 Billeten mit 5044 Mark im Jahre 1881 und 3862 Billeten mit 4460 Mark im Jahre 1880.

Karlsruhe, 5. Juni. Seine Königl. Hoheit der Großherzog hat dem Komite für die Ferienkolonien für arme kranke Kinder der hiesigen Stadt die Gabe von 200 M. zukommen lassen. Im Ganzen sind für diesen Zweck bis jetzt 1736 M. eingegangen.

Bei der allgemeinen Volksbibliothek sind in der Woche vom 29. Mai bis 4. Juni 11 Besucher neu zugegangen; 465 Bände wurden ausgeliehen.

Karlsruhe, 5. Juni. (Raifrost.) Die in den Nächten vom 16. auf den 17. und vom 17. auf den 18. Mai aufgetretenen Spätfröste, wobei an einzelnen Orten das Thermometer bis auf -3° (C.) gesunken ist, sind leider nicht ohne Schaden für die landwirtschaftlichen Kulturgewächse vorübergegangen. Ohne Einfluß blieben dieselben bei den Getreidearten, die ohne Ausnahme eines befriedigenden und vielerorts sogar üppigen Standes sich erfreuen, sowie großentheils bei den Futter-

